

Madeleine Petschke

»Autokratische Konsolidierung« am Beispiel der Kulturpolitik in der DDR

1. Einleitung

In der 40-jährigen Diktaturgeschichte der DDR avancierte die »planmäßige« Gestaltung der Kultur zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Gesamtpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die Parteiführung sah die Kultur als ebenso plan- und lenkbar an wie etwa »die Produktion von Radiergummis«. ¹ Dennoch fürchtete sie den Einfluss der künstlerischen und literarischen Werke auf die geistig-moralische Verfassung ihrer Bürger. So hatte beispielsweise der Schriftsteller in der DDR eine »Machtfunktion«, »von der er im Westen nur träumen« konnte. ² Das war eben auch ein Grund, warum sich die Partei nicht gewillt zeigte, ihren Führungsanspruch auf kulturellem Gebiet abzugeben. Auf Herausforderungen und Krisen reagierte sie gegenüber den Künstlern und Literaten mal mit »Zuckerbrot«, mal mit »Peitsche«. Neue kulturpolitische Konzepte und Programme wie z. B. der »Bitterfelder Weg« sollten helfen, die »Kulturschaffenden« an die Partei zu binden und damit das Machtmonopol der SED zu sichern. Darüber hinaus führten die Funktionäre »Reformen« in den verantwortlichen Institutionen im Partei- und Staatsapparat durch. Anhand der Ereignisse entlang der 11. Tagung des Zentralkomitees (ZK) im Jahre 1965 und entlang des Amtsantritts von Erich Honecker nach dem Sturz des Ersten Sekretärs, Walter Ulbricht, im Jahre 1971 analysiert der Aufsatz, wie und warum die Parteiführung auf staatlicher Ebene versuchte, ihre infrastrukturelle Macht im Bereich der Kulturpolitik zu konsolidieren. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht dabei der jeweilige Führungswechsel im Ministerium für Kultur (MfK). Zur Erklärung dieser politischen Entscheidungsprozesse aus akteurszentrierter Sicht nimmt der Beitrag Bezug auf Theorien der Policy-Forschung und auf Christian Göbels Konzept der »autokratischen Konsolidierung«. ³

1 Sabine Pamperrien, *Versuch am untauglichen Objekt. Der Schriftstellerverband der DDR im Dienst der sozialistischen Ideologie*, Frankfurt a. M. 2004, S. 23.

2 Jurek Becker zitiert nach o. V., »Ich glaube, ich war ein guter Genosse«. Schriftsteller Jurek Becker über die Nach-Biermann-Ära in der DDR« in: *Der Spiegel* 30/1977, S. 128-133, hier S. 131.

3 Vgl. Christian Göbel, »Authoritarian Consolidation« in: *European Political Science*, Nr. 10 (2011), S. 176-190.

2. Theoretischer Bezugsrahmen

Ein Desiderat in der Autokratieforschung im Allgemeinen und der DDR-Forschung im Besonderen sind konkrete Policy-Analysen. Zuletzt riefen Steffen Kailitz und Patrick Köllner die Forscher dazu auf, »sich aus ihrer Gegenwartsfixierung zu befreien und die Akten und Zeugen vergangener Diktaturen in den Blick zu nehmen.«⁴ Mit deren Hilfe seien politische Prozesse etwa in vormaligen kommunistischen Autokratien hervorragend zu rekonstruieren. Wer allerdings die Kulturpolitik in der DDR analysieren will, stößt auf eine weitere Forschungslücke: Kulturpolitik spielt in der Politikwissenschaft kaum eine Rolle. Und so haben bislang andere Wissenschaftsdisziplinen dieses komplexe Politikfeld in zahlreichen Studien »fern von dem in der Politikwissenschaft entwickelten Instrumentarium der Policy-Forschung abgehandelt.«⁵ Die Vielzahl der Theorien, Konzepte und Methoden innerhalb dieser Teildisziplin erschwert allerdings die Suche nach einem geeigneten Analyseansatz; nicht zuletzt auch deshalb, weil sie sich offenkundig an den demokratisch-pluralistischen Systemen orientieren. Davon zeugen zahlreiche Studien im Bereich der Policy- und Demokratieforschung. Autokratien und Demokratien stehen jedoch – damals wie heute – vor ähnlichen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein »Methoden-« bzw. »Perspektivenmix«. Die folgenden theoretisch-konzeptionellen Überlegungen skizzieren den Ansatz, der diesem Aufsatz zugrundeliegt.

»Politik wird von Menschen gemacht. Menschen mit Interessen und Zielen, Menschen in Ämtern und Positionen.«⁶ Diese Aussage klingt zunächst trivial, doch verweist sie bereits auf die grundlegende Bedeutung der Akteure im politischen Prozess. Entscheidend ist zunächst die klassische Trichotomie des Politikbegriffes, die zwischen *polity* (Form), *politics* (Prozess) und *policy* (Inhalt) unterscheidet. Demnach wird Politik als ein Prozess verstanden, in dem innerhalb bestimmter Handlungsstrukturen die für das jeweilige Politikfeld relevanten Akteure lösungsbedürftige Probleme identifizieren, politische Ziele formulieren, Alternativen entwickeln, schließlich verbindliche Entscheidungen treffen und in Maßnahmen umsetzen. »Der politische Prozess lässt sich also als eine Folge von Verhaltensweisen und Ergebnissen unterschiedlicher Akteure des politischen Systems verstehen.«⁷

In der Policy-Forschung entwickelten Renate Mayntz und Fritz Scharpf den »Akteurszentrierten Institutionalismus«, der dieses Phasen-Modell des Politikzyklus um einige erklärende Variablen ergänzt. Politik wird hier als intentionales Handeln von individuellen, kollektiven und korporativen Akteuren beschrieben, die sich in ihren sich

4 Steffen Kailitz / Patrick Köllner, »Zur Autokratieforschung der Gegenwart: Klassifikatorische Vorschläge, theoretische Ansätze und analytische Dimensionen« in: dies. (Hg.), *Autokratien im Vergleich* (= Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 47), Baden-Baden 2012, S. 9-34, hier S. 24.

5 Klaus von Beyme, *Die Kulturpolitik in Deutschland. Von der Staatsförderung zur Kreativwirtschaft*, Wiesbaden 2012, S. 25.

6 Klaus Schubert / Nils C. Bandelow, »Politikfeldanalyse: Dimensionen und Fragestellungen« in: dies. (Hg.), *Lehrbuch Politikfeldanalyse 2.0*, Oldenburg 2009, S. 1-22, hier S. 1.

7 Paul Kervenhörster, *Politikwissenschaft. Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik*, Wiesbaden 2008, S. 49.

wandelnden Zielen und Interessen voneinander unterscheiden. Darüber hinaus beeinflussen strukturelle und institutionelle Faktoren die Wahrnehmungen, Präferenzen und Fähigkeiten der Akteure. Die politischen Prozesse und Entscheidungen werden zudem von formalen Institutionen und von informellen Beziehungsstrukturen, Verfahrens- und Verhaltensweisen geprägt. Nach Patrick Köllner hängt allerdings die »Stärke oder auch Wirkungsmacht formaler wie informeller Institutionen [...] dabei maßgeblich von deren Stabilität und Durchsetzung ab, die wiederum letztlich auf der Wertschätzung fußt, welche die politischen Akteure diesen Institutionen entgegenbringen.«⁸ Im Herrschaftssystem der DDR bestimmte der »demokratische Zentralismus« alle Interaktionen. Diese Form der hierarchischen Steuerung galt bis 1989 als »unerlässliche Bedingung für die richtige Leitung der sozialistischen Gesellschaft, für die volle Entfaltung ihrer Vorzüge und Triebkräfte.«⁹ Anstelle von Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit prägten Befehl und Gehorsam die Beziehungen zwischen den Akteuren. Kein SED-Funktionär konnte seine Vorhaben individuell, unabhängig von anderen Akteuren realisieren; vielmehr musste er seine Ziele über Kooperationen oder im Konflikt mit anderen Akteuren, gegen diese oder an ihnen vorbei durchsetzen. Macht und Einfluss waren folglich an bestimmte Stellungen im Parteiparat gebunden.

Rein machtpolitisch kann indes auch der Begriff »Kulturpolitik« bestimmt werden. Wolfgang Reinhard schreibt: »Kulturpolitik als Machtpolitik gehört zwar zur politischen Kultur eines Gemeinwesens, stellt aber nur einen engen Ausschnitt daraus dar, nämlich die bewusste Kontrolle und Instrumentalisierung bestimmter kultureller Felder durch und für die Staatsmacht.«¹⁰ Diese »autoritäre«¹¹ Definition findet heute freilich keine Anwendung mehr auf die Kulturpolitik in Demokratien; ungeachtet dessen bietet er sich aufgrund seiner Konnotation für die Untersuchung von Autokratien an. Im politischen Alltag der DDR reduzierte sich die Kulturpolitik auf administrativ fassbare Bereiche wie z. B. Bildende Kunst, Film und Literatur.

Externe bzw. interne Faktoren sind ursächlich für den graduellen oder abrupten Wandel eines Systems. Sie können die Stabilität eines demokratischen wie autokratischen Regimes gefährden und bisweilen dessen Ende herbeiführen. Im Vergleich schneidet das politische Leistungsprofil der Demokratie besser ab als das der Autokratien, die Forscher gern als »partizipationsfeindlich, geschlossen, unflexibel, adaptions- und innovationsträge«¹² beschreiben. Dennoch sind einige dieser »leistungsschwachen« Systemtypen für ihre Langlebigkeit bekannt. Christian Göbel Konzepts der »autokratischen Konsolidierung« versucht, diesen augenscheinlichen Widerspruch zu erklären. Sein Ansatz, der so-

8 Patrick Köllner, »Informelle Institutionen in Autokratien: Konzeptionell-analytische Grundlagen und der Fall der Kommunistischen Partei Chinas« in: Kailitz / Köllner (Hg.), *Zur Autokratieforschung der Gegenwart*, aaO. (FN 4), S. 272-297, hier S. 273f.

9 Autorenkollektiv (Hg.), *Kleines Politisches Wörterbuch*, Berlin (Ost) 1989, S. 179.

10 Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt*, München 1999, S. 388.

11 Von Beyme, *Kulturpolitik in Deutschland. Von der Staatsförderung zur Kreativwirtschaft*, aaO. (FN 5), S. 34.

12 Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2010, S. 59.

wohl einen qualitativen als auch quantitativen Zugriff erlaubt, bietet zugleich Anknüpfungspunkte für die Politikfeldforschung innerhalb von autokratischen Regimen, da er die Konsolidierung entgegen anderer Forschungsansätze nicht als Zustand, sondern als einen dauerhaften politischen Prozess charakterisiert. Um ihre Herrschaft zu »organisieren« und »vertiefen«, üben Autokraten »despotische«, »diskursive« und »infrastrukturelle Macht« aus.¹³ Für die Untersuchung ist an dieser Stelle nur der letzte Macht-Begriff von Bedeutung. Göbel definiert ihn unter Rückgriff auf Michael Manns Begriffsbestimmung¹⁴ wie folgt: »Infrastrukturelle Macht stellt [...] verstetigte Herrschaft und die Logistik der alltäglichen politischen Kontrolle dar und speist sich aus der Institutionalisierung, Ausdifferenzierung und gesellschaftlichen Verankerung staatlicher Herrschaft.«¹⁵ Darunter versteht Göbel u. a. die Größe und die Qualität des bürokratischen Apparates sowie die Personalauslese von Führungskadern, die in diesem Aufsatz insbesondere am Beispiel des Ministeriums der Kultur der DDR untersucht wird.¹⁶ Ohne ein Mindestmaß an infrastruktureller Macht ist es Autokraten z. B. nicht möglich, zielgerichtet repressive Maßnahmen einzusetzen oder die Öffentlichkeit effektiv zu manipulieren. Autokratische Regime sind deshalb durchaus gewillt und fähig, regelungsbedürftig erscheinende Probleme fernab von Ideologie und Propaganda sowie Gewalt und Willkür zu lösen. Erfolgt im Ergebnis dieses Konsolidierungsprozesses eine Anpassung der zentralen politischen Institutionen, kann sich dadurch die Überlebenswahrscheinlichkeit des Regimes mindern oder steigern. In der DDR kam es z. B. nicht selten als Reaktion auf Krisen oder »als Antwort auf in der Öffentlichkeit vorhandene Interessen und (latente oder offene) *demands*«¹⁷ zu personellen und strukturellen Veränderungen im Partei- und Staatsapparat, um organisatorische Kohärenz zu gewährleisten und um entsprechende *policies* zu formulieren – oder um zumindest den »*Anschein von Responsivität*«¹⁸ hervorzurufen. Gleichwohl ist der Konsolidierungsprozess in dem jeweiligen Politikfeld (z. B. Sozialpolitik, Außenpolitik, Umweltpolitik) nicht immer von Erfolg gekrönt; er kann ebenso stagnieren oder scheitern.

Dieses politikfeldanalytische Verständnis von »autokratischer Konsolidierung« konzentriert sich stark auf die politischen Eliten. Die Perspektive der SED und ihrer Funktionäre – die Perspektive der »Täter« – kommt indes in den meisten Studien zur DDR-Kulturpolitik zu kurz. Der Blick auf die »Opfer«, d. h. die Künstler, Schriftsteller, Schauspieler usw. dominierte bislang in der Forschung. Oft wird dabei der Fehler ge-

13 Göbel, »Authoritarian Consolidation«, aaO. (FN 3), S. 182f.

14 Siehe dazu Michael Mann, »The Autonomous Power of the State: Its Origins, Mechanism and Results« in: John A. Hall (Hg.), *States in History*, Oxford/New York 1986, S. 109-136.

15 Christian Göbel, »Das Innovationsdilemma und die Konsolidierung autokratischer Regime« in: Kailitz / Köllner (Hg.), *Zur Autokratieforschung der Gegenwart*, aaO. (FN 4), S. 132-156, hier S. 138.

16 Vgl. ders., »Authoritarian Consolidation«, aaO. (FN 3), S. 184.

17 Siehe dazu Daniel Lambach / Christian Göbel, »Die Responsivität autoritärer Regime« in: Holger Albrecht / Rolf Frankenberger (Hg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010, S. 79-91, hier S. 83 [Hervorhebung im Original].

18 Ebd., S. 90 [Hervorhebung im Original].

macht, jede Entwicklung in der DDR vor dem Hintergrund ihres Endes zu sehen und »alles in das Schema von Zwang und Verfolgung zu pressen«. ¹⁹ Eine solche Perspektive übersieht jedoch die tatsächliche Problemwahrnehmung der politischen Akteure und deren Prioritätensetzung. Außerdem ist »politisches Handeln [...] immer mit Unsicherheit konfrontiert«. ²⁰ In aller Regel sind die Folgen bestimmter Entscheidungen nicht absehbar. Gerade deshalb ist das Handeln der Akteure für den Ausgang politischer Prozesse von Bedeutung und für deren Analyse eine Schlüsselvariable. Die SED versuchte diese Ungewissheit mittels einer »übrationalen« Sichtweise zu lösen. Sie ging von einer beherrschbaren Planbarkeit politischer Prozesse aus. Sichtbare Beweise ihres »Steuerungsoptimismus« ²¹ waren z. B. die Fünfjahrespläne oder die umfangreichen Informationen, die die Parteiführung und das Ministerium für Staatssicherheit sammelten.

3. »Autokratische Konsolidierung« in der Kulturpolitik nach dem 11. ZK-Plenum 1965

Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 glaubte die SED ihre Herrschaft konsolidiert und stabilisiert. Um jedoch einer erneuten Krise ähnlich dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 vorzubeugen, wick offene Repression zunächst der Ankündigung, die soziale Lage der Bevölkerung verbessern zu wollen. Gegen das Neue Ökonomische System (NÖS), unter Federführung des Ersten Sekretärs, Walter Ulbricht, und des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Erich Apel, hatte sich allerdings unter den Mitgliedern des Politbüros eine Gruppe von Reformgegnern gebildet, zuerst angeführt von Alfred Neumann, später von Erich Honecker. ²² Honecker, der sich bereits als personelle Alternative zu Ulbricht im Gespräch hielt, instrumentalisierte in den Tagen vom 15. bis 18. Dezember 1965 wirkungsvoll die Empörung über die Entwicklungen in der Kultur und damit zugleich über die »Negativ«-Folgen der Ulbrichtschen Kulturpolitik, um die Führungskader der Parteibürokratie stärker an sich zu binden, den ZK-Vorsitzenden weiter zu isolieren und den Einfluss der reformwilligen Kräfte auf Seiten des Ersten Sekretärs zu verringern. Aber: »Dass Honecker die Kritik vom NÖS auf die Kunst lenkte, kam Ulbricht nicht ungelegen. Er haute mit in diese Kerbe, denn er fühlte sich dadurch entlastet.« ²³ Zwar wurde auf dieser 11. Tagung des Zentralkomitees der SED die zweite Etappe des NÖS eingeleitet. Bekannt und berüchtigt ist sie jedoch als »Kahlschlag-Plenum«, das

19 Eckhard Jesse, »Die politikwissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland« in: ders., *Demokratien im Deutschland. Diagnosen und Analysen*, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 117-154, hier S. 150.

20 Frank Blank / Sonja Blum / Jochen Dehling, »Der Faktor ›Zeit‹ und theoretische Ansätze der Policy-Forschung« in: Nils C. Bandelow / Simon Hegelich (Hg.), *Pluralismus – Strategien – Entscheidungen*, Wiesbaden 2011, S. 63-83, hier S. 76.

21 Ebd., S. 81.

22 Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 105-132. Erich Apel erschoss sich am 3. Dezember 1965 in seinem Arbeitszimmer mit seiner Dienstwaffe. An diesem Tag sollte der Wirtschaftsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet werden.

23 Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen: Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000*, Leipzig 2011, S. 230.

mit »widrigen« Tendenzen in der Bildenden Kunst, im Film, in der Literatur, in der Musik und im Theater abrechnete.

Ulbrichts »Ziehsohn« berichtete den ZK-Mitgliedern in seinem Hauptreferat von »der Verbreitung fremder und schädlicher Thesen und unkünstlerischer Machwerke, die zugleich auch stark pornografische Züge aufweisen«. ²⁴ Die DDR sei ein sauberer Staat, in dem es »unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral, für Anstand und gute Sitte« gebe. ²⁵ Sorgen bereitete der Parteiführung vor allem, dass einzelne Künstler und Schriftsteller Anerkennung im Westen fanden, was Honecker am Beispiel Wolf Biermanns und Stefan Heyms verdeutlichte, »den ständigen negativen Kritikern der Verhältnisse« ²⁶ in der DDR. Werner Bräunigs *Rummeplatz*, den DEFA-Filmen *Das Kaninchen bin ich* und *Denk bloß nicht, ich heule* sowie den Theaterstücken *ZAZA* von Manfred Bieler und *Moritz Tassow* von Peter Hacks unterstellte die Partei bereits im Vorfeld der Tagung, »objektiv« auf der Linie »des Gegners« zu liegen. Sie würden die »DDR von innen her aufweichen«. ²⁷ Der kulturelle »Kahlschlag« nahm der zeitweilig versuchten Liberalisierung im Bereich der Kulturpolitik den Wind aus den Segeln. Deren geistiger Initiator, Walter Ulbricht, sah sich nun dazu veranlasst, den erneuten Kurswechsel nicht nur sachlich-intern sondern auch öffentlich zu vermitteln. Da jedoch zahlreiche Künstler und Schriftsteller, die in der Bevölkerung als Sympathieträger galten, von den repressiven Maßnahmen betroffen waren, erwies sich eine überzeugende Rechtfertigung der neuen Kulturpolitik in den DDR- und West-Medien als ein schwieriges Unterfangen. Infolgedessen verlor Ulbricht weiter an Ansehen und Zustimmung, was wiederum dem politisch ehrgeizigen Honecker nützte. Obgleich er parteiintern als Ulbrichts Stellvertreter agierte, spielte Honecker in den Augen der DDR-Bürger die Rolle eines »Erfüllungsgehilfen« und stahl sich insofern aus der Verantwortung. Wie geschickt Honecker die öffentliche Wahrnehmung zu seinen Gunsten manipulierte, beweist etwa seine Anweisung, die Öffentlichkeit und die seiner Ansicht nach für die kritisierten Erscheinungen Verantwortlichen vom ersten Teil des Plenums (und damit von seiner Berichterstattung) auszuschließen. Auf diese Weise vermied er, dass sich die Proteste der »Kulturschaffenden« gegen die harschen Ausführungen unmittelbar gegen ihn richteten. Für den 53-Jährigen war die 11. ZK-Tagung machtpolitisch ein großer Erfolg.

Die Erklärungen der Parteielite auf dem Plenum verdeutlichten ebenso, dass sie ihren Führungsanspruch im Bereich der Kultur bedroht sah. So fragte Paul Fröhlich: »Wer urteilt über die historische Wahrheit? Die kollektive Arbeit der Partei, ihre Führung, ihre Million Mitglieder [...] oder ein Schriftsteller?« ²⁸ Ulbricht überließ es Honecker, die

24 »Protokoll der 11. Tagung des Zentralkomitees vom 15. bis 18. Dezember 1965« (20.12.1965) in: *BStU, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 686*, Bl. 20f.

25 Ebd., Bl. 20.

26 Ebd., Bl. 21.

27 »Konzeption für die Beratung des Gen. Hager mit den Sekretären und zuständigen Abteilungsleitern für Kultur der Bezirksleitungen« (6.12.1965) in: *SAPMO-BArch, DY 30, IVA 2/9.06/7*.

28 »Protokoll der 11. Tagung des Zentralkomitees vom 15. bis 18. Dezember 1965« (20.12.1965) in: *BStU, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 686*, Bl. 128.

politische Kurskorrektur durchzusetzen und die Herrschaft der Partei in diesem Politikfeld zu konsolidieren. Der sich anschließende »kulturelle Kahlschlag« begründete sich vor allem durch die zahlreichen Aufführungsverbote für DEFA-Filme. Darüber hinaus kam es im Staatsapparat zu Kaderveränderungen. Honecker führte seinen schon zuvor betriebenen Kurs fort, »alle im weitesten Sinne kulturpolitischen Fragen bei Kurt Hager als verantwortlichen ZK-Sekretär zu konzentrieren.«²⁹ Hager erhoffte sich seinerseits von der Zusammenarbeit mit Honecker ein besseres Arbeitsverhältnis als mit dem Ersten Sekretär sowie mehr Einfluss auf die Gestaltung der kulturellen Prozesse.³⁰ Seiner Ansicht nach traf Walter Ulbricht zu viele kulturpolitische Entscheidungen ohne vorherige Absprache. Er habe in seinen letzten Lebensjahren rechthaberisch und starrsinnig agiert, konstatierte Hager rückblickend.³¹ In den Wochen vor dem »Kahlschlag«-Plenum ließ der ZK-Sekretär für Kultur belastendes Material über die Künstler und Literaten für den Berichtstatter des Politbüros zusammentragen. Umso befremdlicher wirkt deshalb seine Aussage, ihm sei die Stimmung auf der Tagung »so unerträglich« gewesen, dass er »den Saal verließ und [sein] Büro rannte, wo [er] völlig fassungslos am Schreibtisch Platz nahm«. Hager spinnt in seinen *Erinnerungen* dieses Märchen weiter: Honecker sei ihm »nachgerannt, weil er befürchtete, dass [Hager], wie ehemals Erich Apel, Selbstmord begehen würde«.³² Der ZK-Sekretär fühlte sich jedoch keineswegs verantwortlich für die Lage.

Während Hager seine Machtposition in der Kulturpolitik festigen und ausbauen konnte, schrumpfte der Handlungsspielraum des Kulturministeriums. »Mängel« in dessen politisch-ideologischer Führungstätigkeit waren schon länger bekannt.³³ Die latente Kritik am MfK manifestierte sich schließlich auf dem 11. ZK-Plenum. In seinem Redebeitrag rügte Honecker die »verantwortlichen Genossen vom Ministerium für Kultur« für ihre »ungenügend[e]« »analytische Arbeit über die Denkprozesse der Menschen«. Im Ministerium gebe es »ernste Versäumnisse in der Entwicklung der ideologisch-politischen Führungsarbeit [...] besonders seitens der leitenden Genossen«.³⁴ Er forderte Konsequenzen. Da der Kulturminister, Hans Bentzien, auf der ZK-Tagung krankheitsbedingt fehlte, fiel dem Leiter der Hauptverwaltung (HV) Film, Günter Witt, stellvertretend die unliebsame Aufgabe zu, auf die harsche Kritik am MfK zu reagieren. Er verteidigte seine Entscheidung, jene »konterrevolutionären« Filme wie *Das Kaninchen bin ich* und *Denk bloß nicht, ich heule* zur Produktion freigegeben zu haben. Allerdings sah

29 Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, aaO. (FN 22), S. 215.

30 Vgl. dazu die Aussagen von Erika Hinkel, Sekretärin im Büro von Kurt Hager, in: Joachim Ackermann, *Die Kunst- und Kulturpolitik der SED 1961-1989*, Berlin 2000, S. 83.

31 Kurt Hager, *Erinnerungen*, Leipzig 1996, S. 309.

32 Ebd., S. 284.

33 Siehe dazu »E.J. über die Reaktion auf der Beratung des Politbüros mit Künstlern und Schriftstellern« (17.4.1963) in: *BStU, MfS, ZAIG, Nr. 739*, Bl. 13.

34 »Protokoll der 11. Tagung des Zentralkomitees vom 15. bis 18. Dezember 1965« (20.12.1965) in: *BStU, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 686*, Bl. 22.

er sich gezwungen, Fehler einzuräumen.³⁵ Enttäuscht von Witts kleinlauter Selbstkritik klagte ein Schauspieler des Berliner Ensembles, sie sei »erbärmlich gewesen«.³⁶

Einen Monat nach dem Plenum bestätigte das Politbüro eine gemeinsam von Kurt Hager und Siegfried Wagner ausgearbeitete Vorlage zu »Fragen der Leitung des Ministeriums für Kultur«. Darin hieß es: Bentzien hätte sich als »den Aufgaben des Ministers für Kultur nicht gewachsen gezeigt«.³⁷ Hager, der dem Kulturministerium schon auf dem 11. Plenum »Zögern, Schwankungen, Halbheiten, Unaufrichtigkeit«³⁸ vorwarf, kritisierte darüber hinaus Bentziens Stellungnahme im Anschluss an die Tagung, in der er Fragen zur Leitungstätigkeit des MfK nicht beantwortete. Bentziens Verhalten sei ein »Affront gegen die Partei« gewesen, urteilte ein Beobachter. »Folglich musste er abgesetzt werden.«³⁹ Ähnlich äußerten sich Bruno Haid und der Leiter des Aufbau-Verlages, Klaus Gysi.⁴⁰ Auf Verlangen Hagers und auf Beschluss des Politbüros vom 11. Januar 1966 verlor Bentzien daraufhin mit sofortiger Wirkung seinen Posten. Die Entlassung des 39-jährigen überraschte Wenige, auch nicht den geschassten Kulturminister. Sie bedeutete allerdings eine weitere Niederlage für den Ersten Sekretär: Bentzien erklärte nach der Deutschen Einheit, Ulbricht habe 1961 seine Bedenken, er sei als designierter Nachfolger von Alexander Abusch zu jung für dieses Amt, »vom Tisch gewischt«.⁴¹ Bis in die »Ära Honeckers« hielt sich die Auffassung, der Kulturminister sei in seiner Funktion »überfordert« gewesen, »was schwerwiegende Fehler zur Folge hatte«.⁴² Günter Witt räumte ebenfalls seinen Arbeitsplatz. Arno Hochmuth beerbte Siegfried Wagner im Amt des Leiters der Abteilung Kultur im ZK, der sich wie Witt auf dem Plenum gegen heftige Angriffe wehren musste. Die Parteiführung setzte ihn als stellvertretenden Minister für Kultur ein; Wagner leitete in dieser Funktion bis 1969 die HV Film, bevor er aus »ideologischen Gründen« erneut abkommandiert wurde. Bruno Haid blieb Leiter der HV Verlage und Buchhandel, nachdem er sich in einem Brief zum Kurswechsel der Parteiführung bekannt hatte; Haid denunzierte, revidierte Manuskriptbeurteilungen und zeigte sich selbstkritisch. Damit konnte er für sich Schlimmeres verhindern.⁴³ Die Staatssi-

35 Vgl. dazu ebd., Bl. 147-150.

36 »Information 350/65. Situation und Diskussion unter den Kulturschaffenden in der DDR, insbesondere in Auswertung des 11. Plenums des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (24.12.1965) in: *BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 7070*, Bl. 11.

37 »Vorlage Hagers« (10.1.1966) in: *SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/1138*.

38 »Protokoll der 11. Tagung des Zentralkomitees vom 15. bis 18. Dezember 1965« (20.12.1965) in: *BStU, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 686*, Bl. 186.

39 »Analyse über die politisch-operative Situation im Verlagswesen« (1.3.1966) in: *BStU, MfS, HA XX, Nr. 12559*, Bl. 39.

40 Vgl. »Information« (7.1.1966) in: *SAPMO-BArch, DY 30, IV A2/9.06/10*.

41 Hans Bentzien, *Meine Sekretäre und ich*, Berlin 1995, S. 171.

42 »Auskunftsbericht über Hans Bentzien« (26.10.1972) in: *BStU, MfS, HA XX, Nr. 11996*, Bl. 47.

43 Vgl. Michael Westdickenberg, *Die »Diktatur des anständigen Buches«. Das Zensursystem der DDR für belletristische Prosaliteratur in den sechziger Jahren*, Wiesbaden 2004, S. 142. Siehe auch Siegfried Lokatis, »Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel« in: Simone Barck / Martina Langermann / Siegfried Lokatis (Hg.), *Jedes Buch ein Abenteuer. Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*, Berlin 1997, S. 173-226.

cherheit lobte einige Jahre später seine »positive Rolle« im MfK vor und nach dem 11. Plenum sowie sein Bemühen um einen »Klärungsprozess«.44

Der Ministerrat ernannte Klaus Gysi zum neuen Minister für Kultur. Politische Zuverlässigkeit, Unterordnungs- und Anpassungsbereitschaft sollten offenbar wieder eine größere Rolle statt Sachkompetenz und Kreativität spielen.45 So erhielt das MfS während Gysis Tätigkeit im Aufbau-Verlag wiederholt Informationen über dessen Schwächen auf dem Gebiet der Organisation und bei der Umsetzung der Theorie in die Praxis.46 Als Leiter des Verlages sei er immer wieder aufgefordert worden, Bücher zu lesen und über diese zu diskutieren – ohne Erfolg –, beschwerte sich Fritz-Georg Voigt (IM »Kant«) gegenüber der Staatssicherheit. Der Cheflektor des Verlages kritisierte zudem Gysis schlechtes Verhältnis zu den Autoren. Seine »geschmeidigen Umgangsformen« hätten ihm oft geholfen, »alte Sünden wieder gut zu machen«. Der Verlagsleiter sträube sich allerdings, schwierige Dinge mit den Autoren zu erörtern. Über Gysis »unmöglichen Arbeitsstil«, vom »Nichtbeantworten von Briefen« bis hin zum »Nichtkümmern um Vertragsstellen, Planung, Herstellung«, wären »Bände zu schreiben«, erklärte der Inoffizielle Mitarbeiter (IM).47

Klaus Gysi hatte sich aber zumindest in seiner Funktion als »Geheimer Informator« (GI) »Kurt« bewährt. Als Mitarbeiter im Aufbau-Verlag versorgte er die Staatssicherheit mit wichtigen Informationen über die Gruppe um den Verlagsleiter Walter Janka und den Philosophen Wolfgang Harich, an deren »Entlarvung« auch Erich Honecker als Sekretär der Walter Ulbricht unterstellten »Sicherheitskommission« beteiligt war. Ende 1962 gab es bereits Gerüchte, Gysi übernehme als Leiter die HV Verlage und Buchhandel.48 Wenige Jahre später verhalfen ihm nun seine guten Kontakte zu seinem »Freund und Mentor«,49 Kurt Hager, und zu Honecker, dem amtierenden Leiter der Kaderkommission im Politbüro, auf den Posten des Kulturministers. Damit krönte der GI »Kurt« seine zielstrebig verfolgte Karriere. Der SED-Führung war klar, »dass Gysi die »Befehle« der Partei sklavisch ausführen würde.«50 Unter den »Kulturschaffenden« herrschte allerdings Verunsicherung. Einige begrüßten die Berufung des Verlagsleiters zum Kulturminister, andere empfanden ihn als »ausgesprochenen Fehlgriff« und überlegten, »was damit gemeint ist und ob man sich die Materialien [des 11. Plenums] unter dem Gesichtspunkt, dass Gysi jetzt Minister ist, nicht noch einmal ansehen müsste, um sie richtig

44 Vgl. »Auskunftsbericht« (11.10.1968) in: *BStU, MfS, HA XX AP, Nr. 40637/92*, Bl. 88.

45 Vgl. Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, aaO. (FN 22), S. 222.

46 Vgl. »Perspektivplan für den GI »Kurt« (18.4.1957) in: *BStU, MfS, AIM, Nr. 3803/65, Bd. 1*, Bl. 50f.

47 Vgl. »Abschrift. Zur Leitungstätigkeit des Genossen Gysi« (16.8.1960) in: ebd., Bl. 67-69.

48 »Treffbericht IM »Kant« (5.12.1962) in: *BStU, MfS, AIM, Nr. 16574/89, A/Bd. 3*, Bl. 97.

49 Horst Dohle / Joachim Heise (Hg.), *Klaus Gysi. Staatssekretär für Kirchenfragen 1979-1988. Dokumente, Selbstzeugnisse, Interviews und Kommentare*, Berlin 2003, S. 122. Kurt Hager erwähnt Gysi in seinen *Erinnerungen* mit keinem Wort.

50 »Analyse über die politisch-operative Situation im Verlagswesen« (1.3.1966) in: *BStU, MfS, HA XX, Nr. 12559*, Bl. 40.

zu verstehen.«⁵¹ Eine seiner Amtshandlungen war die »Anordnung über die Wahrung der Urheberrechte«. Fortan bedurften alle – nunmehr anmeldungspflichtigen – Verträge mit westdeutschen Verlagen der Genehmigung durch das »Büro für Urheberrechte« (BfU). Stefan Heym bezeichnete das Büro zu Recht als das »Messer an der Kehle der Schriftsteller«.⁵²

4. »Autokratische Konsolidierung« in der Kulturpolitik nach dem Machtwechsel 1971

Nach der erzwungenen Ablösung Walter Ulbrichts nutzte sein vermeintlich »ewiger Schüler«⁵³, Erich Honecker, auf dem VIII. SED-Parteitag die Gelegenheit, sich von den früheren Plänen und dem Stil der Amtsführung seines Vorgängers abzugrenzen und seine Machtposition in der Partei zu festigen. Am 19. Juni 1971 bestätigte ihn das neu gewählte ZK im Amt des Ersten Sekretärs. Zugleich verschob sich die Macht innerhalb des Politbüros zugunsten der Anhänger Honeckers.⁵⁴ Der neue Parteichef baute »seinen« Herrschaftsapparat systematisch aus und brachte es auf kaderpolitischem Gebiet zu einer »wahren Meisterschaft«.⁵⁵ Günter Schabowski berichtet, es sei schon ein »Verdachtsmoment« gewesen, »wenn zwei oder drei besonders harmonisierten«. Um seinen Machterhalt zu sichern, habe er »dann meist den einen gegen den anderen ausgespielt, den einen kritisiert, den anderen gelobt.«⁵⁶

Das Verhältnis zwischen den »Kulturschaffenden« und der SED war ungeachtet des Machtwechsels weiterhin angespannt; viele Künstler und Schriftsteller erinnerten sich an Honeckers kunstfeindliche Generalabrechnung auf dem »Kahlschlag-Plenum«. Umso mehr erstaunte sie seine Ankündigung auf der 4. ZK-Tagung im Dezember 1971, die »Tabus« »auf dem Gebiet von Kunst und Literatur« aufheben zu wollen.⁵⁷ Sein Sekretär Frank-Joachim Herrmann erinnert sich: »Er hat eine Zeit lang bei Kulturfragen ziemlich kess eigene Standpunkte eingebracht.« Die zitierte Feststellung habe Furore gemacht »und machen sollen«.⁵⁸ Tatsächlich verursachten die Ausführungen von Honecker ebenso wie die von Kurt Hager zunächst eine allgemeine Unsicherheit über die kulturpolitische Linie der SED unter den Kulturfunktionären und den »Kulturschaffenden«. Einige Schriftsteller glaubten sogar, »die Partei werde [ihnen] gegenüber künftig mehr »ideolo-

51 »Treffbericht des IM »Richter« (17.1.1966) in: *BStU, MfS, BV Berlin, AIM, Nr. 6029/91, A/Bd. 1*, Bl. 109.

52 Stefan Heym, »Messer an der Kehle« in: *Der Spiegel* 44/1980, S. 58.

53 Jan N. Lorenzen, *Erich Honecker. Eine Biografie*, Reinbek bei Hamburg 2001, S. 121.

54 Vgl. Andreas Malycha / Peter Jochen Winters, *Die SED. Geschichte einer deutschen Partei*, München 2009, S. 213.

55 Jan N. Lorenzen, *Erich Honecker*, aaO. (FN 53), S. 131. Hermann Kant urteilt wenig schmeichelnd: »Der war nicht mein Freund. [...] Ob Leute wie Honecker überhaupt Freunde haben, kann ich nicht sagen; wahrscheinlich ist es Sache ihrer Beschlüsse; wer ihr Freund ist, bestimmen sie.« Hermann Kant, *Abspann. Erinnerungen*, Berlin 1994, S. 280f.

56 Günter Schabowski, *Das Politbüro*, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 24f., 47.

57 Erich Honecker, »Hauptaufgabe umfasst auch weitere Erhöhung des kulturellen Niveaus. Schlusswort auf der 4. Tagung des ZK der SED« in: *Neues Deutschland* vom 18.12.1972.

58 Frank-Joachim Herrmann, *Sekretär des Generalsekretärs*, Berlin 1996, S. 74f.

gische Toleranz« zeigen«. Sie hofften auf eine »Korrektur« der bisherigen Kulturpolitik der Partei im Sinne einer »Liberalisierung« und einer »Rehabilitierung« der im Zusammenhang mit dem 11. Plenum des ZK der SED kritisierten Werke. Die Kulturfunktionäre zeigten allerdings wenig Verständnis für die Auffassung, dass »wieder einmal ›politisches Tauwetter‹ eingesetzt habe«. ⁵⁹ Sie bewerteten diese »feindlichen, negativen und subjektivistischen« Ansichten als »Versuche, die Kontinuität der Kulturpolitik der Partei in Zweifel zu ziehen und eine ›Fehlerdiskussion‹ auszulösen«. Ein »Zurück hinter das 11. Plenum« ⁶⁰ werde es nicht geben, bekräftigte die Kulturkommission des ZK der SED.

Die kulturpolitische Neuorientierung unter Honecker war für Interpretationen offen. Infolgedessen stritten nicht nur die »Kulturschaffenden«; auch innerhalb des Kulturapparates herrschte Unstimmigkeit über den weiteren Kurs. Die Abteilung Kultur des ZK der SED erwies sich in dieser Situation als wenig hilfreich. Unter der Leitung Hans-Joachim Hoffmanns entwickelte die Abteilung eine »ganz neue Linie der Kulturpolitik«. ⁶¹ Wiederholt äußerten Abteilungsmitarbeiter gegenüber Künstlern und Schriftstellern, den – angeblichen – Grundsatz des VIII. Parteitages: »Wir gehen mit allen, die mit uns gehen wollen, wir nehmen alle mit, wir bemühen uns um alle.« Keiner würde im Stich gelassen, der »in der Vergangenheit mit der Partei gekämpft hat«, ⁶² erklärte Hoffmann etwa auf der Präsidiumssitzung des Deutschen Schriftstellerverbandes vom 10. Februar 1972. Deshalb müssten »in unserer Heimat sowohl [Fritz] Cremer, [Willi] Sitte, [Erik] Neusch als auch [Stefan] Heym Platz haben«, ergänzte sein Stellvertreter Kurt Löffler. Die Partei würde die Möglichkeit prüfen, »neben [Rainer] Kunze auch Wolf Biermann wieder ›in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen«. Die Haltung der Kulturabteilung traf vielerorts, auch beim Leiter der HV Verlage und Buchhandel auf wenig Rückhalt, nicht zuletzt deshalb, weil politische Positionen, »um die jahrelang gerungen worden sei« ⁶³, nun preisgegeben würden.

Im Gegensatz zu Ulbricht stand der neue Erste Sekretär der Kunst und Literatur recht gleichgültig gegenüber – ohne Ehrfurcht und Hochachtung. Für die »Kulturschaffenden« bedeutete das, dass sie ihre Vorstellungen und Wünsche mit ihm verhandeln konnten, »wenn man einleuchtende Standpunkte und keine Angst hatte«. ⁶⁴ Der Schriftsteller Stephan Hermlin beispielsweise fristete bis zum Machtwechsel ein Leben »schweigend in der Ecke«. ⁶⁵ Unter Ulbrichts Erben entwickelte er allerdings Ambitionen, an dessen Seite den Platz als Berater in Fragen der Kulturpolitik einzunehmen. Er stand »sehr hoch

59 »Information über negative Erscheinungen unter Schriftstellern und Kulturschaffenden der DDR« (12.4.1972) in: *BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2017*, Bl. 2, 5, 9.

60 Ebd., Bl. 3, 20.

61 Ebd., Bl. 18.

62 »Bericht über den Verlauf der Präsidiumssitzung des DSV vom 10.2.1972« (11.2.1972) in: *BStU, MfS, AP, Nr. 4592/92*, Bl. 128.

63 »Information über negative Erscheinungen unter Schriftstellern und Kulturschaffenden der DDR« (12.4.1972) in: *BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2017*, Bl. 17f.

64 Manfred Wekwerth zitiert nach Ulrich Dietzel, *Fragen an Manfred Wekwerth*, Grünau 25.1.1999.

65 Erich Honecker zitiert nach o. V., »Kämpfer in der Ecke« in: *Der Spiegel* 12/1995, S. 228.

im Kurs.«⁶⁶ Der neue Parteichef bat seinen »Freund« sogar, einen Bericht über die kulturpolitische Situation in der DDR zu verfassen. Zum Unmut Honeckers fiel die Bilanz des Schriftstellers verheerend aus: »Schädlich wirkt sich bei der Behandlung all dieser Fragen der Umstand aus, dass unsere Partei seit langer Zeit Entscheidungen an zwei oder drei Kulturpolitiker delegiert, die zu Unrecht den Ruf besonders qualifizierter Leute genießen. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Genossen um gescheiterte Künstler, Leute ohne ausreichendes persönliches Talent, die ihre Frustration auf Kosten wirklicher Künstler abreagieren.«⁶⁷

Zwar galten die Beschlüsse der 11. ZK-Tagung offiziell weiter, aber in der Praxis herrschte bald ein anderer Ton. Klaus Gysi schien indes nicht dafür geeignet, Honeckers neue kulturpolitische Linie nach außen zu präsentieren. An seine Person klammerte sich zu sehr die Erinnerung an das »Kahlschlag-Plenum«. Und so war der Minister für Kultur einer der ersten, der erkennen musste, dass Honecker in seiner Funktion als Erster Sekretär nicht unterschätzt werden durfte. Bereits auf dem VIII. Parteitag hatte Honecker das Kulturministerium scharf kritisiert. Gysi zeigte sich seinerzeit einsichtig: »In der Arbeit unseres Ministeriums haben wir diese Seite ideologischer Führungstätigkeit noch zu etwas schwach entwickelt [...]«⁶⁸ Offenbar erfüllte Gysi die »neuen große[n] Aufgaben«⁶⁹ nicht zufriedenstellend. Die Leitung des Ministeriums für Kultur stand insbesondere wegen ihrer »Konzeptionslosigkeit« im Kreuzfeuer, »die nur durch einen allgemeinen Wortschwall und Wiederholung von allgemeinen Äußerungen verdeckt werde«. Anstatt entsprechende Schlussfolgerungen aus dem VIII. Parteitag für die sozialistische Kulturentwicklung zu ziehen, würden die Funktionäre von Fall zu Fall entscheiden bzw. »Halbentscheidungen« treffen. »Elemente einer straffen Leitung« des MfK wie noch zu Zeiten des stellvertretenden Ministers für Kultur (1965-1969), Horst Brasch, waren nach Auffassung verantwortlicher Funktionäre wieder verlorengegangen. Gysi habe seine Funktion nur der Kontinuität wegen behalten und nicht »weil er der richtige Mann sei«.⁷⁰ Infolgedessen hielt sich im Frühjahr 1972 unter Verlagsmitarbeitern und Journalisten hartnäckig das Gerücht, Stephan Hermlin löse Klaus Gysi demnächst im Amt des Kulturministers ab. Ein IM meinte gar, dass »dieser Führungswechsel in Kreisen von Kulturschaffenden der DDR als eine Demonstration gewertet [würde]«.⁷¹ Die Kritik an Gysis Ministerium ließ nicht nach. Auf der 6. ZK-Tagung im Juli 1972 erläuterte nun auch Kurt Hager eingehend die Versäumnisse des MfK. »Das Ministerium für Kultur muss stärker zum Initiator der Gemeinschaftsarbeit in der Leitung der vielfältigen kulturellen Tätigkeit werden«, forderte Hager. Er bemängelte weiter das Fehlen von Aus-

66 »Information über negative Erscheinungen unter Schriftstellern und Kulturschaffenden der DDR« (12.4.1972) in: *BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2017*, Bl. 22.

67 Stephan Hermlin zitiert nach o. V., »Kämpfer in der Ecke«, aaO. (FN 65), S. 228.

68 Klaus Gysi zitiert nach »Dritter Beratungstag: Donnerstag, den 17. Juni 1971« in: *VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bulletin Nr. 3*, Berlin (Ost) 1971, S. 16.

69 Ders. zitiert nach »Kultur 1972. SONNTAG-Interview zum Jahreswechsel mit dem Minister für Kultur, Klaus Gysi« in: *Sonntag* vom 2.1.1972.

70 »Information über negative Erscheinungen unter Schriftstellern und Kulturschaffenden der DDR« (12.4.1972) in: *BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2017*, Bl. 31f.

71 »Information« (22.3.1972) in: *BStU, MfS, AOP, Nr. 3706/87, Bd. 2*, Bl. 257.

bildungsstätten für die Kulturfunktionäre: »Ungelöst ist seit längerer Zeit [...] die systematische Vorbereitung von Genossen für Kulturfunktionen im Parteiapparat und für Funktionen in wichtigen Leitungen.«⁷²

Einer, der sich engagiert für eine veränderte Leitungspraxis eingesetzt und sich bei der Organisation des 6. ZK-Plenums verdient gemacht hatte, war der 43-jährige Hans-Joachim Hoffmann.⁷³ Der ZK-Abteilungsleiter erwies sich nach Meinung von Werner Mittenzwei als der »Prototyp der nüchternen Führungskräfte auf kulturellem Gebiet.«⁷⁴ Im Januar 1973 übernahm er das Amt des Kulturministers. Gysi hatte sich zwar in den Monaten zuvor vereinzelt darum bemüht, die Arbeitsweise seines Ministeriums zu verbessern. Der Chefredakteur der Zeitschrift *Neue Deutsche Literatur*, Werner Neubert (IM »Wolfgang Köhler«), berichtete der Staatssicherheit allerdings, der Kulturminister zeige nach dem 6. Plenum »keinerlei Neigung zu irgendwelchen Entscheidungen oder zu irgendwelchen Meinungsäußerungen.«⁷⁵ Der 60-Jährige wurde, nun da die diplomatische Blockade aufgebrochen war, als Botschafter der DDR ins Ausland versetzt – und nicht wie von vielen aufgrund seiner Biografie vermutet nach Paris, sondern nach Rom. Entgegen der Auffassung von Horst Wenderoth, Gysi sei keinesfalls aufgrund irgendwelcher Differenzen aus seinem Amt als Kulturminister geschieden,⁷⁶ muss angesichts der Diskussion um die Leitungstätigkeit im MfK und der dem Politbüro bekannten Schwäche des Ministers in Fragen der Organisation jedoch von einem staatlich verordneten Exil für den späteren Staatssekretärs für Kirchenfragen gesprochen werden. Peter Heldt übertrug Hoffmann im Amt des Abteilungsleiters. Die HV Verlage und Buchhandel leitete vom 1. Februar 1973 an Klaus Höpcke. Der Kulturredakteur beim *Neuen Deutschland* ersetzte den 60-jährigen Bruno Haid, der in den Ruhestand ging. Auf Haid's »baldige Ablösung« hatte Gysi schon im Spätsommer 1972 spekuliert, über dessen Arbeitsweise sich der Kulturminister beschwerte.⁷⁷

Hans-Joachim Hoffmann begann sogleich, die von Hager angesprochenen Mängel auszuräumen; einen Monat nach seiner Berufung richtete er die »Akademie für Weiterbildung beim Ministerium für Kultur« ein. Sie sollte die Führungskader kulturpolitisch und kulturästhetisch schulen. Die kulturpolitische Neuorientierung änderte indes nichts an dem bestimmenden Einfluss der SED im Ministerium für Kultur. Das MfK besaß weiterhin einen minimalen Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der Beschlüsse des Politbüros; nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeitsrichtlinien der ZK-Abteilung für Kul-

72 Kurt Hager, *Zu Fragen der Kulturpolitik der SED. 6. Tagung des ZK der SED 6./7. Juli 1972*, Berlin 1972, S. 68, 73.

73 Siehe dazu Hans-Joachim Hoffmann, »Persönlichkeitsbildung und Kulturpolitik« in: *Einheit* 27, Nr. 8 (1972), S. 1020-1026.

74 Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000*, Leipzig 2000, S. 286.

75 »Treffbericht« (4.8.1972) in: *BStU, MfS, Teilablage A, Nr. 123/76, Bd. 2, Bl. 136*.

76 Vgl. »Rundfunkkommentar von Horst Wenderoth am 7. November 1979 im RIAS« in: Dohle / Heise (Hg.), *Klaus Gysi. Staatssekretär für Kirchenfragen 1979-1988. Dokumente, Selbstzeugnisse, Interviews und Kommentare*, aaO. (FN 49), S. 108-110.

77 Vgl. dazu »Treffbericht, IMS »Kant.« (27.9.1972) in: *BStU, MfS, AIM, Nr. 9188/91, T. II/Bd. 5, Bl. 75f.*

tur ihre Gültigkeit behielten. Sie wurden nur unwesentlich verändert, während sich die Abteilung im strukturellen Aufbau in und um einige(n) Sektoren erweiterte. Die Mitarbeiter des Kulturministeriums hatten die Parteivorgaben, insbesondere die »Hinweise« des VIII. Parteitag, »konsequent und auf hohem Niveau« umzusetzen.⁷⁸ Es war »natürlich so, dass wenn der Kurt Hager das so und so gesagt hat, dann wurde das auch so und so gemacht.«⁷⁹ Hoffmann musste kurz nach Amtsantritt feststellen, dass sich sein Arbeitsplatzwechsel vom Partei- in den Staatsapparat als janusköpfig erwies, wie er später seinem Stellvertreter Klaus Höpcke anvertraute.⁸⁰ Zwar war er mit der Leitung eines staatlichen Organs betraut, doch besaß er nun weit weniger Machtbefugnisse als zuvor. Hoffmann hatte in der kurzen Zeit als Leiter der ZK-Abteilung für Kultur wohl den Unwillen der Parteispitze hervorgerufen, vermutlich aufgrund seiner eher weniger restriktiven kulturpolitischen Ansichten. Hoffmanns »Umsetzung« kam folglich einer Abschiebung gleich. Er sei jedoch »nicht nur Marionette«⁸¹ gewesen, erklärte er nach der friedlichen Revolution. Im Rahmen seiner Möglichkeiten habe er sich stets für eine enge Zusammenarbeit zwischen den Künstlerverbänden und seinem Ministerium eingesetzt; dergestalt sollte »strategisches Denken [...] über die Hintertür«⁸² in die Kulturpolitik hineingebracht werden. Allerdings scheiterte der Kulturminister immer wieder an der Parteibürokratie. Er vermochte nicht, Berge zu versetzen, berichtete auch sein ehemaliger Mitarbeiter Hermann-Ernst Schauer.⁸³

5. Resümee

Am Beispiel des Politikfeldes »Kulturpolitik« gab der Aufsatz einen Einblick in jenen politischen Entscheidungsprozess (*politics*), an dessen Ende die Konsolidierung der infrastrukturellen Macht des autokratischen SED-Regimes stand. Um jedoch ein möglichst vollständiges Bild der Kulturpolitik in der DDR zu zeichnen, ist die Betrachtung ihrer anderen wesentlichen Elemente ebenso von Bedeutung. Dazu gehören ihre ideologischen Konzepte und Programme (*policy*) sowie ihre Steuerungsinstrumente (*polity*). Auf sie konnte hier nur am Rande eingegangen werden. Bei der Untersuchung hat sich Christian Göbels Konzept der »autokratischen Konsolidierung« als fruchtbarer Forschungsansatz

78 Joachim Ackermann, »Der SED-Parteiparat und die Bildende Kunst« in: Hannelore Offner / Klaus Schroeder (Hg.), *Eingegrenzt – Ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961–1989*, Berlin 2000, S. 15–88, hier S. 48.

79 Erika Hinkel zitiert nach ebd., S. 51.

80 Vgl. Klaus Höpcke, »Wagnis des Weitergehens« in: Gertraude Hoffmann / Klaus Höpcke (Hg.), *Das sicherste ist die Veränderung. Hans-Joachim Hoffmann: Kulturminister der DDR und häufig verdächtiger Demokrat*, Berlin 2003, S. 91–99, hier S. 94f.

81 Hans-Joachim Hoffmann, »Haupttätigkeit – Schlimmes verhüten« in: Brigitte Zimmermann / Hans-Dieter Schütt (Hg.), *ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus*, Berlin 1992, S. 115–129, hier S. 120.

82 Ebd., S. 119.

83 Vgl. Hermann-Ernst Schauer, »Der verdächtige Demokrat« in: Hoffmann / Höpcke (Hg.), *Das sicherste ist die Veränderung. Hans-Joachim Hoffmann: Kulturminister der DDR und häufig verdächtiger Demokrat*, aaO. (FN 80), S. 10–24, hier S. 15.

erwiesen, der in diesem Beitrag um eine akteurszentrierte Perspektive ergänzt und auf die qualitative Analyse eines Politikfeldes beschränkt wurde. Die zwei beschriebenen Konsolidierungsprozesse verliefen ähnlich, unterschieden sich jedoch in Ursache, Anlass und Wirkung. Akteure in der Partei- und Staatsführung nahmen ein handlungsrelevantes Problem wahr, setzten es auf die Agenda zur politischen Bearbeitung, formulierten daraufhin entsprechende Ziele, Mittel und Wege, um abschließend konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Sowohl vor dem Hintergrund des »Kahlschlag-Plenums« als auch des Machtwechsels von Walter Ulbricht zu Erich Honecker kam es zu Veränderungen auf der Ebene der für Kulturpolitik verantwortlichen Institutionen, insbesondere im Ministerium für Kultur. Bei beiden Führungswechseln im MfK hatte Honecker die Hand im Spiel. Er versammelte von 1965 an durch geschickte kaderpolitische Entscheidungen Anhänger um sich. Dazu zählte etwa Klaus Gysi, ein parteitreuer »Karrierist«. Honecker hatte unter Mitwirkung Kurt Hagers die Entlassung des Kulturministers, Hans Bentzien, herbeiführen können, den Ulbricht infolge seiner bekannten und auf der 11. ZK-Tagung 1965 viel diskutierten Fehler in der »staatlichen Leitungstätigkeit« nicht länger halten konnte – und wollte. Bentziens Entlassung war an Dramatik kaum zu überbieten. Klaus Gysi zeigte im Amt des Ministers zwar diplomatisches Geschick, aber wenig Interesse für die Verwaltungsarbeit. Die Schwäche des Ministeriums in der »Führungstätigkeit« konnte er nicht überwinden. Honecker hätte Gysi, wenn möglich, wohl gern schon nach dem VIII. Parteitag im Juni 1971 versetzt. Eine passende Gelegenheit bot sich im Verlauf der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Der Amtsantritt Hans-Joachim Hoffmanns als Minister für Kultur symbolisierte schließlich den – vermeintlichen – Neuanfang in der Kulturpolitik, auf den die Künstler und Literaten nach der viel zitierten Aussage des Ersten Sekretärs (»keine Tabus«) hofften und von Beginn der »kulturpolitischen Eiszeit« an warteten, die er als Berichterstatter auf dem Plenum im Dezember 1965 selbst eingeleitet hatte. Hager und Honecker konsolidierten die infrastrukturelle Macht der Partei in der Kulturpolitik jeweils zu ihren Gunsten, um ihren Führungsanspruch auf dem Gebiet der Kultur zu stabilisieren und zu sichern. Dabei kooperierten sie mit anderen Akteuren, und sie setzten ihre kulturpolitische Linie gegen andere Funktionäre durch. Kulturpolitik in einer Autokratie wie der DDR ist demnach eindeutig auch Machtpolitik.

Der Beitrag verdeutlichte darüber hinaus, dass es empirisch, theoretisch und methodisch Entwicklungsbedarf und -möglichkeiten auf dem Gebiet der Politikfeldforschung in autokratischen Regimen gibt. Ein Desiderat ist z. B. die politikfeldanalytische Untersuchung der Kulturpolitik in der DDR aus vergleichender Perspektive. Immer mehr DDR-Forscher tendieren dazu, wenig differenziert von »der« DDR zu sprechen; sie bleibt damit eine Art »terra incognita«. Wer jedoch davon ausgeht, dass in der »Ära Ulbricht« und in der »Ära Honecker« unterschiedliche »Policy-Stile« die Ergebnisse politischer Prozesse beeinflussten, stellt sich die Frage nach den Ursachen und Erklärungen für diesen Politikwandel. Ein qualitativer Vergleich – methodisch informiert und theoretisch angeleitet konzipiert – würde helfen, das Profil der kulturpolitischen Kurse exakter zu bestimmen.

Zusammenfassung

Anhand der Ereignisse um die 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965 und entlang der Ablösung des Ersten Sekretärs, Walter Ulbricht, im Juni 1971 wird der Prozess der Konsolidierung infrastruktureller Macht im Bereich der Kulturpolitik untersucht. Zunächst erläutert der Beitrag den theoretischen Ansatz, der sich aus den Methoden und Theorien der Politikfeldforschung sowie Christian Göbels Konzept »autokratischer Konsolidierung« speist. Im Anschluss daran zeigt er aus akteurszentrierter Perspektive auf, wie sich der politische Entscheidungsprozess für die Akteure im Partei- und Staatsapparat der DDR gestaltete, an dessen Ende jeweils ein Führungswechsel im Ministerium für Kultur stand. Zuletzt gibt er einen Ausblick auf Entwicklungsmöglichkeiten des Analysekonzepts für die Erforschung der DDR-Kulturpolitik.

Summary

Based on the events surrounding the 11th Meeting of the Central Committee of the SED in December 1965 and along the detachment of the First Secretary Walter Ulbricht in June 1971, the process of consolidation of infrastructure power in the field of cultural policy is examined. First, the paper discusses the theoretical approach, which draws on methods and theories of Policy Analysis and Christian Goebel's concept of »authoritarian consolidation«. The article then argues from actor-centered perspective, and explains the political decision-making process for those involved in the party and state apparatus of the GDR. Each process ended with a change of leadership in the Ministry of Culture. Finally, the article gives an outlook on development possibilities of the analytical approach to the study of the GDR cultural policy.

Madeleine Petschke, »Authoritarian consolidation« using the example of cultural policy in the GDR